

## Gestern im Rat

**Vorsitz:** Nicole Herren (FDP)

» Der Rat hat den Tätigkeitsbericht 2019 seines Vertreters im **Etawatt-Verwaltungsrat**, Bernhard Egli (GLP), zur Kenntnis genommen.

» Die Vorlage des Stadtrats «**Bau-rechtsabgabe** Teilparzelle GB Nr. 21151 im Herblingertal an den Kanton Schaffhausen für das **Strassen- und Schifffahrtsamt**» wurde im vereinfachten Verfahren **angenommen**.

» Die Vorlage des Stadtrats «**Gassa – Restaurant am Rhein** und Platzaufwertung» wurde mit 24 zu 7 Stimmen **angenommen**.

» Das Postulat «**Sichere Fussgängerwege** in der Stadt Schaffhausen» von Raphael Kräuchi (GLP) wurde mit 29 zu 2 Stimmen **angenommen**.

» Das Postulat «**2 Millionen Krisen-fonds Corona-Pandemie**» von Urs Tanner (SP) wurde diskutiert und in eine Interpellation **umgewandelt**.

» Das Postulat «**Trennung von Fuss- und Fahrwegen**» von Nathalie Zumstein (CVP) wurde diskutiert und in eine Interpellation **umgewandelt**.



So könnte es ab Sommer 2023 am Schaffhauser Rheinufer aussehen: Eine Darstellung des geplanten Restaurants im Areal «Fischerhäusern».

VISUALISIERUNG STADT SCHAFFHAUSEN

## Journal

### Zwei neue Stimmzähler für das Wahlbüro gewählt

Aufgrund von Rücktritten hat der Grosse Stadtrat gestern zwei neue Stimmzähler für das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen gewählt: Iris Reichmuth (SVP) und Stefan Oster (FDP). Sie ersetzen Walter Glanzmann und Jolanda Walther. Das Wahlbüro besteht aus 30 Stimmzählerinnen und Stimmzählern.

### Rat nimmt Kenntnis vom Jahresbericht der VBSH

2019 haben die Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH) ihr erstes Geschäftsjahr als selbständige, öffentlich-rechtliche Anstalt abgeschlossen. Das neu organisierte Unternehmen weist im Geschäftsbericht 2019 einen Gewinn von 1,1 Millionen Franken aus. Insgesamt wurden 14,4 Millionen Fahrgäste befördert (siehe SN vom 23. Mai 2020). Schwächer sind die Aussichten für das laufende Jahr aufgrund der Einnahmehinrichenfälle wegen der Coronakrise. Der Grosse Stadtrat hat den Geschäftsbericht 2019 gestern gutgeheissen – mit 32 zu 0 Stimmen, bei einer Enthaltung.

### Sätze zur Situation

**Ratspräsidentin Nicole Herren (FDP):** «Es ist hier für uns alle etwas komfortabler als in der Rathauslaube.» *Zum ersten Mal fand gestern eine Sitzung des Grossen Stadtrats im Park Casino statt.*

**Urs Tanner (SP):** «So untypisch, wie wir heute sitzen, so untypisch sind auch die Voten.» *Mit ungewöhnlicher Sitzordnung fand die Sitzung am neuen Ort statt. Ungewöhnlich waren auch die politischen Fronten in der Debatte zum Restaurant am Rhein.*

**Martin Egger (FDP):** «Die Nein-Sager kommen diesmal aus der Mitte, nicht aus der FDP.» *Mit Blick auf die Kammgarn-Abstimmung wehrte sich Egger gegen den Vorwurf, ein Verhinderer zu sein.*

**Markus Leu (SVP):** «Das Restaurant-Projekt ist bewilligungsfähig, lassen wir doch einfach das Volk entscheiden.» *Trotz gewisser Vorbehalte sprach sich Leu für eine Volksabstimmung aus.*

# «Einmaliges, kostengünstiges Projekt»

Der Grosse Stadtrat hat gestern einen Kredit von 2,18 Millionen Franken für den Bau eines Restaurants am Rhein und einen kleinen Park bewilligt. Widerstand gegen das Projekt kam aus der politischen Mitte.

**Daniel Jung**

«Heute haben Sie eine ganz tolle Chance, etwas für das Wohl unserer Stadt zu tun», sagte Stefan Marti (SP) gestern Abend im Grossen Stadtrat, als die Vorlage «Gassa – Restaurant am Rhein und Platzaufwertung» behandelt wurde. Mit einem Postulat hatte er 2017 die Planung eines Restaurants im Areal zwischen dem Schaffhauser Salzstadel und der Eisenbahnbrücke nach Feuerthalen angeregt.

Mit seiner Begeisterung war er nicht allein. Enthusiasmus zeigte auch Finanzreferent Daniel Preisig (SVP). Er sagte: «Herausgekommen ist ein kostengünstiges, einmaliges Projekt für Schaffhausen.» Mit dem Restaurant würde ein urbaner Ort direkt am Rhein entstehen, der über Strahlkraft verfüge. Das Projekt, so Preisig, werde die Stadt attraktiver machen. Das Restaurant sei ein kleiner, aber wichtiger Schritt für die noch kommende Aufwertung des Rheinuferes oberhalb der Feuerthalenbrücke.

Kritik am Projekt gab es einzig aus der Mittefraktion des Grossen Stadtrats. Das Bauen von Gaststätten sei keine Kernaufgabe der

**«Es ist möglich, dass sich die Umweltorganisationen noch zu Wort melden.»**

**Iren Eichenberger**  
Grossstadträtin (Grüne)

Stadt, mahnte Lukas Ottiger (GLP). «Die Stadt schafft so zusätzliche Konkurrenzsituationen.» Auch die Architektur des Vorprojekts sei wenig vielversprechend, so Ottiger. Eine höhere Qualität hätte durch einen Wettbewerb erreicht werden können, der aktuell nicht vorgesehen ist. «Lehnen wir das ungenügende Projekt ab», forderte Ottiger. «Wir haben etwas Besseres verdient.» Sinnvoller sei ein saisonales, mobiles Gastro-Angebot.

Iren Eichenberger äusserte Bedenken zur Bewilligungsfähigkeit des Projekts, auch weil eine Terrasse über dem Rhein erstellt werden soll. «Es ist möglich, dass sich Umweltorganisationen noch zu Wort melden», sagte sie. Auch äusserte sie Zweifel an weiteren Entwicklungsplänen für das Lindli-Areal.

**«Projekt ist bewilligungsfähig»**

Finanzreferent Preisig betonte, dass das Projekt mit diversen Stellen vorbesprochen sei: der Stadtbildkommission, der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, der Denkmalpflege, Tiefbau Schaffhausen, dem Arbeitsinspektorat und dem Interkantonalen Labor. «Die Bewilligungsfähigkeit ist

abgeklärt», sagte er. Eine Baurechtsvergabe sei wegen der Eigentumsituation, dem geplanten Bau am Rheinufer und den weiteren Entwicklungen nicht sinnvoll, so Preisig.

Auch Simon Sepan (AL) bemängelte, dass auf einen Architekturwettbewerb verzichtet wurde. Trotzdem stimmte die AL zu, auch weil der Stadtrat angekündigt habe, in Zukunft mehr Wettbewerbe durchzuführen.

Sowohl in der FDP- wie auch in der SVP-Fraktion wurde die Vorlage kontrovers diskutiert – am Schluss kamen von dieser Seite aber keine ablehnenden Stimmen. Für das Projekt setzte sich Michael Mundt ein. «Wir haben am Rheinufer noch so viel Potenzial, welches momentan brach liegt», sagte er.

Das geplante Restaurant am Rhein sei bestes Standortmarketing, sagte Marco Planas (SP). Er ermahnte den Stadtrat aber, die Pacht nicht an eine Restaurantkette oder einen «Gastrotorien aus Zürich» zu vergeben.

In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit 24 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Investitionskredit kommt voraussichtlich im Frühling 2021 zur Volksabstimmung.

### Forderung: Mehr Sicherheit auf Fussgängerwegen

In einem Postulat von November 2019 bat der damalige GLP-Grossstadtrat Raphael Kräuchi den Stadtrat, zu berichten, wie die Sicherheit der Fussgänger im Strassenverkehr gesteigert werden kann. Sein Nachfolger Lukas Ottiger stellte das Postulat vor und nannte eine Vielzahl von Verbesserungsmassnahmen wie Tempo-30-Zonen oder die Abschaffung von Haltemöglichkeiten für Eltern vor Schulen, um den Verkehr auf Schulwegen zu reduzieren. «Massnahmen zur Sicherheit des Langsamverkehrs sind auch Massnahmen zur Sicherheit des motorisierten Verkehrs», sagte er. Stadträtin Katrin Bernath (GLP) antwortete, dass Verbesserungen an Fussgängerstreifen ein Dauerauftrag seien und Mängel laufend behoben würden. Der Stadtrat war bereit, das Postulat entgegenzunehmen und über den Zustand und die geplanten Massnahmen zu informieren. Alle Fraktionen waren sich über die Wichtigkeit des Themas einig. Mit 29 zu 2 Stimmen wurde das Postulat überwiesen. (est)

### Pandemiekredit über zwei Millionen findet keinen Anklang

Eine Kreditvorlage in Höhe von zwei Millionen Franken wollte Grossstadtrat Urs Tanner (SP) vom Stadtrat geprüft haben: Damit sollten KMU und Einzelpersonen, die überdurchschnittliche Umsatzeinbußen in Folge der Pandemie erlitten, unterstützt werden.

«Der Stadtrat teilt die Sorge des Postulanten über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise», sagte Stadtpräsident Peter Neukomm (SP). Er zählte aber auch sämtliche Massnahmen auf, die die Stadt bereits zur Unterstützung der Betroffenen getroffen hatte und forderte, das Postulat nicht zu überweisen. «Das ist aber keine Absage an weitere Hilfeleistungen.» Einig waren sich die Fraktionen, die sich zu Wort meldeten, dass ein Zwei-Millionen-Kredit die Probleme nicht lösen könne. «Wo nötig, wurde schnell und unkompliziert geholfen», sagte Grossstadtrat Michael Mundt (SVP). Die Abstimmung entfiel – Tanner wandelte sein Postulat in eine Interpellation um. (est)

### Keine Vorgaben für klarere Trennung von Velo- und Fusswegen

Mit einem Postulat forderte Nathalie Zumstein (CVP) eine stärkere Trennung von Fuss- und Fahrwegen. Sie wollte den Stadtrat auffordern, darzulegen, wie Fussgänger ungestört von Fahrzeugen auf Trottoirs, in Fussgängerzonen sowie auf Wanderwegen und Waldpfaden gehen können. «Gerade Senioren und Eltern von kleinen Kindern fühlen sich von schnellen Velofahrern oft bedrängt», sagte Zumstein.

Baufereferentin Katrin Bernath (GLP) betonte, dass die Sicherheit von Fussgängern ein wichtiges Anliegen sei. Jedoch sei es aufgrund der Platzverhältnisse an vielen Orten nicht möglich, für jedes Verkehrsmittel eigene Spuren zu schaffen. «Mischverkehr gibt es dort, wo es sonst keine sichere Alternative für Velos gibt», so Bernath. Sie beantragte, das Postulat nicht zu überweisen. In der Diskussion erhielt Zumstein weder von linker noch von rechter Seite viel Unterstützung. Sie wandelte das Postulat deshalb in eine Interpellation um. (dj.)

### Strassenverkehrsamt: Baurechtsvergabe an den Kanton bewilligt

Der Kanton Schaffhausen plant, das heute im Klosterviertel in der Altstadt untergebrachte Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (StVA) in einen Neubau im Herblingertal zu verschieben. Am 10. Juni 2018 hatte die Stimmbevölkerung des Kantons mit 55,2 Prozent Ja-Stimmen-Anteil den Kredit von 11,95 Millionen Franken für den Neubau bewilligt.

Erstellt werden soll das Gebäude auf einem Grundstück, das im Besitz der Stadt Schaffhausen ist. Der Grosse Stadtrat hat deshalb gestern eine Baurechtsabgabe für die Parzelle im Herblingertal an den Kanton Schaffhausen beschlossen. Dies geschah im vereinfachten Verfahren, also ohne Diskussion und Abstimmung.

Die Baurechtsdauer beträgt 60 Jahre. Die Fläche beträgt 6500 Quadratmeter. Der Kanton bezahlt den Baurechtszins von 2,04 Millionen Franken als einmalige Vorabzahlung (Rentenbarwert) zu Beginn der Baurechtsdauer, am 1. Januar 2021, an die Stadt. (dj.)